

sectoral, geographic, racial, ethnic, and identity formations, dispensing with class solidarity” (p. 60), thereby increasing the danger of a fragmenting opposition to capitalism around identity struggles. Ness overlooks, however, the potential of linking struggles over pay and working conditions with struggles for gender equality and racial justice. And it is these broader alliances – of trade unions working together with feminist groups, environmental campaign groups, and social movements, amongst others – that are ultimately a potentially more powerful way of resisting capitalist exploitation. Organization is, of course, important, but strong organizations often emerge out of struggles when activists start recognizing their common interests. It is in moments of struggle that relations of solidarity between workers and different movements from around the world can be forged, potentially able to challenge capitalism more forcefully.

My disagreements with Ness’s conceptual analysis should not, however, distract from the book’s crucial insights and significant contributions to our existing knowledge. It is ultimately also through critical engagements with praxis-based analyses of this type that strategies of resistance can be advanced further. I strongly recommend this book for reading!

Notes

- 1 Joseph Rowntree Foundation (2024) *UK Poverty 2024*; available at <https://www.jrf.org.uk/uk-poverty-2024-the-essential-guide-to-understanding-poverty-in-the-uk> (accessed 9 March 2024).
- 2 *The Guardian* (2023) “UK food bank charity reports record take-up amid cost of living crisis” (26 April); available at <https://www.theguardian.com/society/2023/apr/26/uk-food-bank-charity-reports-record-take-up-amid-cost-of-living-crisis> (accessed 9 March 2024).

Dietmar Müller: Bodeneigentum und Nation. Rumänien, Jugoslawien und Polen im europäischen Vergleich 1918–1948, Göttingen: Wallstein, 2020, 479 S.

Rezensiert von
Timm Schönfelder, Leipzig

Die „Rehabilitierung des Privateigentums“ im Zuge der politischen Wende von 1989 stellte die agrarisch geprägten Regionen des östlichen Europa vor bedeutende Herausforderungen – schließlich war Bodeneigentum bereits nach dem Zerfall der großen Imperien zu Anfang des Jahrhunderts, so Müller, ein „erstrangiges Mittel der Staats- und Nationsbildung“ (S. 7f.). Naturgemäß war Bodeneigentumspolitik mit Bevölkerungspolitik eng verknüpft. In seinem Erkenntnisinteresse konzentriert sich der Autor deshalb auf die Genese und Aufrechterhaltung von Eigentumsregimen, besonders im Spannungsverhältnis zwischen Minderheiten und Titularnation samt ihren jeweiligen Erwartungen an landwirtschaftliche Reformbemühungen. Rumänien, Jugoslawien und Polen seien dabei besonders durch die schiere personelle wie ländliche Größe ihrer Agrarsektoren überaus repräsentativ für Entwicklungen in Ostmittel- und Südosteuropa. Neben ergänzenden Archivrecherchen in Rumänien liegt der Arbeit ein umfangreicher Korpus an publizierten Quellen und wissenschaftlicher Literatur zugrunde, der Stand und Desiderata der Forschung widerspiegelt. Dabei hinterfragt Müller solch wertende Narra-

tive wie das eines „europäischen Normalweges in die Moderne“ (S. 29), auf dem sich die genannten Länder, wenn auch in nachholender Entwicklung, befunden hätten. Besonders die Relativierung einer solchen Telezität, vor allem mit Blick auf etwaige Weichenstellungen von der Zwischenkriegszeit bis zum Ende der 1940er Jahre, sorgt für eine bisweilen vermisste Trennschärfe bei der Herausarbeitung von historischen Kontinuitäten und Brüchen. Den Kern der Untersuchung bildet der Abschied von einem liberal-individualistischen Eigentumsbegriff mit dem Zerfall der großen Imperien im Zuge der Neuordnung Europas zum bzw. nach dem Ende des Ersten Weltkrieges.

Während unter sozialistischen Vorzeichen eine „Abkehr vom liberal-individualistischen Eigentumsbegriff“ hin zu einem Verständnis stattgefunden hatte, das „im Dienste einer planmäßigen, nachholenden und beschleunigten Entwicklung“ stand (S. 36 f.), wurden im Zuge der Privatisierungswellen in den 1990er Jahren vorsozialistische Eigentumsmodelle zu einer beliebten Projektionsfläche. Dabei bildeten in den Diskussionen der Zwischenkriegszeit liberal-individualistische und staatllich-kollektive Eigentumsvorstellungen die zwei radikalen Pole; dazwischen bewegten sich korporative Regelungen und Kartellmodelle (S. 56). Seit den 1930er Jahren ließ sich dann in den meisten Staaten des östlichen Europa, so Müller, ein autoritärer Schub beobachten, in dessen Fahrwasser sich die wechselnden staatlichen Eliten zu legitimieren suchten. Die Auseinandersetzung mit dem historischen Erbe spielte dabei im polnischen Fall eine herausgehobene Rolle: so rekurrierte man etwa mit der Märzverfassung von 1921 im

Verhältnis von Eigentum und Nation auf eine bereits von der Maiverfassung 1791 begründete Tradition. Józef Piłsudski sah darin den Grund für ein „als dysfunktional empfunden System“ (S. 88) und setzte diese Verfassung nach der Etablierung seines autoritären Regimes außer Kraft. Wenngleich sich auch in Jugoslawien und Rumänien eine sozialprotektionistisch motivierte „Hinwendung zu einem ‚Eigentum mit sozialer Funktion‘“ beobachten ließ (S. 90), ändert dies nichts an Müllers Feststellung, dass Agrarreformen in allen drei Ländern einen „prononciert revendikative[n] Charakter“ hatten (S. 323).

So brachten die 1930er Jahre auch in der konkreten Governance des Bodeneigentums „einen markanten Schub zum Autoritären“ mit dem Staat als – oft ineffizient – „intervenierenden und planenden Akteur“ (S. 233 f.). Ethnische Minderheiten wurden benachteiligt, wie Müller am rumänischen Beispiel besonders unterstreicht. In Moldau und der Walachei war zudem vor 1918 der Besitz der ärmeren Bevölkerung im Gegensatz zu den Großgrundbesitzern nicht in für alle einsehbare Grundbücher und Kataster eingetragen worden, sondern stattdessen „in nicht-standardisierte lokale Verzeichnisse“ – wohl „um der Öffentlichkeit diese neo-feudalen Zustände zu verbergen“ (S. 138). Das versagte diesen Menschen letztlich den Zugang zu günstigen Bankkrediten. Mit der nach dem Ersten Weltkrieg erreichten Staatlichkeit der drei Untersuchungsregionen gingen Prozesse rechtlicher Vereinheitlichung und der Kolonisierung einher, oft gerahmt als „Wiederherstellung eines natürlichen Zustandes“ bzw. „zivilisatorische Mission“ (S. 208). Piłsudskis feudal anmutende

Kolonisation der polnischen Randgebiete durch demobilisierte Militäranghörige zur Grenzsicherung lieferte, so Müller, „eine ideale Agitationsgrundlage sowohl für ukrainische Nationalisten als auch für ukrainische respektive sowjetische Kommunisten“ (S. 318). Der Nationalstaat wurde durch ethnisches Polentum definiert – Ukrainer waren „auf den Status von Staatsangehörigen zweiter Klasse verwiesen“ (S. 320). Auch in den sogenannten Volksdemokratien wurden solche Probleme nie endgültig überwunden. Die Sowjetmacht versuchte opportunistisch, aber mit wechselhaftem Erfolg, über lokale Parteien und internationale Organisationen wie das Kominform Einfluss auf die wirtschaftliche Reorganisation zu nehmen. Über die vorhergehende Vertreibungs- und Vernichtungspolitik unter deutscher Besatzung bzw. im Bündnis mit dem „Dritten Reich“ samt ihren Auswirkung auf den Agrarsektor erfährt der Leser derweil ebenso wie über die alltägliche agency der Bäuer:innen wenig. Die Zeit des Zweiten Weltkrieges ist in Müllers Untersuchung weitgehend ausgeklammert. Wie der Ausblick zeigt, pflegten Polen, Rumänien und die (post-)jugoslawischen Staaten in den 1990er und 2000er Jahren ein durchaus positives Bild von den Eigentumsregimen der Zwischenkriegszeit. Mangelndes Vertrauen in die Bauernschaft, so Müller, motivierte aber einen Bruch mit dem liberal-individualistischen Eigentumsbegriff zugunsten ethnisch und etatistisch orientierter Programme, die Eigentumsrechte stark beschnitten. Jugoslawien und Polen setzten das sowjetische Projekt der Kollektivierung bekanntlich nur inkonsequent um, bevor sie es abbrachen und bäuerliche Kleinbetriebe ge-

statteten. Rumänien wiederum folgte der „Moskauer Strategie“ (S. 417) mit umfassenden Enteignungen.[1] Doch blieben staatliche Stellen über die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse – etwa zur Größe der Grundstücke, mit denen man in die Kollektive eintrat – aufgrund mangelhafter Evidenzhaltung nur schlecht informiert. Mit seiner Studie, die zwischen Makro- und Mesoebene changiert, liefert Dietmar Müller relevante Einblicke in die Diskussionen um Eigentumsformen im östlichen Europa zu einer Zeit, die oft als Übergangsperiode statt als Prägephase gesehen wird. Strikt nach den drei Ländern bzw. Untersuchungsregionen geordnet dekliniert der Autor die auf verschiedenen soziopolitischen Ebenen gelagerten Regelungen um Bodeneigentum durch und bietet einen veritablen Steinbruch für die Forschung. Das Buch beteiligt sich so an einem nach wie vor aufschlussreichen Themenfeld.

Anmerkung

- 1 Es sollte allerdings daran erinnert werden, dass die UdSSR privat bewirtschaftetes Hof- bzw. Gartenland auf den Kolchosen duldete. Dessen Produkte wurden gewinnbringend auf den Kolchosmärkten veräußert – siehe u. a. T. Schönfelder, Roter Fluss auf Schwarzer Erde. Der Kuban und der agromeliorative Komplex. Eine sowjetische Umwelt- und Technikgeschichte, 1929–1991, Paderborn 2022, S. 87, 247.